

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,60, monatlich 1,20 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Postzeitung oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 4.

Montag, den 6. Januar 1919.

26. Jahrg.

## Das Schreckgespenst.

Es bleibt, wie es war. Die Revolution hat nichts daran geändert. Die bürgerlichen Parteien machen auch jetzt wie früher Schreckgespenster an die Wand, um die Wähler und gar die Wählerinnen einzuschüchtern und sie abzuhalten, der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben.

Früher war's die Teilerlei; jetzt ist's die Sozialisierung. Landauf, Stadtab wird vor der Sozialisierung als der großen Gefahr gewarnt.

Wäre der Mangel an volkswirtschaftlicher Bildung nicht eine der betrüblichsten Erscheinungen der kapitalistischen Kulturepoche, so würde die Verwirrung in den Köpfen des Volkes der „Denker“ über Sozialismus, Kommunismus, Bolschewismus und Sozialisierung nicht einen so hohen Grad erreicht haben. Dann wäre an Stelle einer mit Wut gemischten Angst vielleicht die Erkenntnis getreten, daß der Sozialismus kein ausgeklügeltes System einiger Schwarmgeister oder abstrakter Menschenbeglückter ist, sondern daß er auf der Einsicht in die Notwendigkeit der Ueberleitung der privatwirtschaftlichen in die gemeinwirtschaftlich-gesellschaftliche Gütererzeugung beruht. Sozialist sein heißt daher so viel, wie diese Einsicht besitzen — sie nicht erringen können oder wollen so viel, wie mit verbundenen Augen zu leben oder aus eigensüchtigem Interesse nicht sehen zu wollen.

Die Sozialisierung der Volkswirtschaft erfährt durch die politische Revolution zwar eine Beschleunigung, aber sie kann nicht als eine ihrer unmittelbaren Erzeugnisse angesehen werden. Denn der Prozeß der Sozialisierung hätte auch ohne die Revolution seinen Fortgang genommen, und er ist in Deutschland weiter fortgeschritten als in irgendeinem anderen Lande. Nur nannte man den Vorgang früher Staatssozialismus oder Staatskapitalismus, weil er sich unter der Hegelie des Herrschafts- und Obrigkeitss, auf der Klassenherrschaft beruhenden Staates vollzog. Nun, da der Volksstaat seiner politischen Vermittlung entgegengeht, ist der Staatssozialismus nur noch ein historischer Begriff und die Sozialisierung der richtige Name für die Ueberleitung kapitalistischer in gemeinwirtschaftliche Betriebe.

Gänzlich falsch und nicht im Sinne unserer großen Theoretiker handeln die sogenannten Radikalen — sie sind nur Wortradikale, die unbewußterweise die Geschäfte der Reaktion besorgen — wenn sie die plötzliche Sozialisierung der deutschen Volkswirtschaft verlangen. Dazu sind weder die Dinge noch die Menschen reif. Reif dafür sind nur jene Betriebe, die eine gewisse Stufenleiter der Produktivität erreicht haben, und derjenige Teil der Arbeiterklasse, der technisch und politisch zur Selbstverwaltung organisierten ist. „Staatliche Organisierung der Produktion“, sagt Kautsky in seiner vortrefflichen Schrift: Die Diktatur des Proletariats, „durch eine Bureaucratie oder durch die Diktatur einer einzelnen Volksschicht bedeutet nicht Sozialismus.“

Doch vorbringlicher als solche abstrakten Erwägungen sind die aus der politischen Lage unseres Landes erwachsenden Pflichten. Ruhe und Ordnung zu verlangen — einst das Stichwort der bürgerlichen Reaktionen —, ist heute das Gebot der Stunde für alle Vernünftigen, auch die radikal gesinntesten Revolutionäre. Wenn die um Spartakus daher die Gefahren der feindlichen Besetzung, des Hungers und Bürgerkriegs beinahe als eine Verbedingung der gründlichen und schnelleren Durchsetzung des Sozialismus ansehen, so sind sie sich ihrer ungeheuren Verantwortung dabei nicht bewußt. Traurig genug, wenn Deutschlands Schicksal von diesen Leuten abhängt.

Denn es wird sich an dem Naturgesetz nichts ändern lassen, daß man erst leben muß, um philosophieren und um sozialisieren zu können. Und wenn, wie wir alle hoffen, Deutschland am Leben bleibt, wird es reichliche Gelegenheit zum praktischen Sozialismus finden. Man wird dann von der, von den Volksbeauftragten eingesetzten Studienkommission mehr verlangen können als die Bekanntgabe sehr wenig konkreter Beschlüsse. Außer der glatt liegenden und verheißenen Uebernahme des Versicherungswesens gibt es noch verarbeitende zur Sozialisierung ausgereifte Betriebe. Vor allem die großen Elektrizitätsgesellschaften. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, deren Vorsitzender Waltherr Rathenau ja in der Sozialisierungskommission mitarbeitete, ist in dieser Hinsicht beinahe überreif. Die A. E. G. ist eigentlich kein Unternehmen mehr, sondern eine Gruppe ineinander greifender nur scheinbar selbständiger Betriebe. Mit ihren 83000 Angestellten ist sie ein Staat im Wirtschaftsstaat. Sie besitzt in Berlin an nicht zusammenhängenden Betrieben: eine Lampen-, eine Maschinen-, eine Apparate-, eine Turbinen- und eine Schreibmaschinenfabrik. In der Nähe Berlins befinden sich zwei Flugzeugfabriken, das große Kabelwerk Oberspree und eine Automobilfabrik. Zwischen Tegel und Spandau werden betrieben: eine Lokomotiv-, Porzellan-,

Gas-, Heizapparate-, Signal- und Scheinwerferfabrik, außerdem aber noch das Elektrotahl- und Walzwerk sowie die Flugtechnische Abteilung. Also Produktion auf höchster Stufenleiter mit Ausschaltung aller fremden Hilfsbetriebe und einer auf der Zusammenfassung zu einheitlicher Verwaltung und der Ausnutzung aller Abfälle beruhenden Rentabilität. Dazu kommen noch eine Reihe von finanziellen Beteiligungen, wie bei der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, bei Felsen u. Guilleaume und der Tochtergesellschaft Elektrische Unternehmungen der A. E. G. in Berlin sowie bei einem Dutzend anderer Betriebe. Die A. E. G. hat den wüsten Dividendenanteil der Kriegsjahre nicht mitgemacht, sondern immer eine, geradezu auf die Bergesellschaftung hinzielende Bilanzpolitik gerrieben. Deshalb kann sie auch unter Einfluß ihrer Tochterunternehmungen über ein Bankguthaben von 236,76 Millionen verfügen, bei Einstellung der Werte aller Maschinen, Werkzeuge und Modelle mit je einer Mark.

Waltherr Rathenau, der als Gegner des Sozialismus sozialisierende Tendenzen verfolgt, wird gewiß mit der bei der Installation der Kriegswirtschaft bewiesenen Einsicht auch für den Uebergang der A. E. G. auf den deutschen Volksstaat wirken und dafür sorgen, daß die Aktienäre, nachdem sie so viele Jahre dicke Renten verdienten, mit einer angemessenen, aber unter dem Kurswerte der Aktien liegenden Abfindung entschädigt werden. Natürlich unter Ausschluß jeder Bewertung der Aktienpöken über die Bilanzsumme hinaus.

Bilanzwert und Zeitwert — das sind die Pole, zwischen denen Kapitalismus und Volksstaat bei der Sozialisierung der Betriebe mit großen inneren Rücklagen aufeinanderstoßen müssen. Ein Vorzeichen davon mit tönnischer Wirkung bietet der Industrielle Venkhi als Besitzer des Aktienkapitals der seinen Namen führenden Maschinenfabrik in Graudenz. Dieser Venkhi witterte die Morgenluft einer neuen Epoche, und als jüngerer, aus jeder Situation Nutzen ziehender Industriekapitän wollte er auch die Sozialisierungskonjunktur entsprechend verwerten, in-

dem er den Arbeitern das Unternehmen zur geneigten schaftlichen Uebernahme anbot. So eilt man der Sozialisierung mit gutem Beispiel voran! Aber was war in der bürgerlichen Presse darüber zu lesen? Das Anerbieten wurde von den Arbeitern abgelehnt, weil sie bei sinkender Konjunktur die harte Hand des Unternehmers nicht missen wollten! Die Arbeiter selbst wollten also von dem Sozialismus der Volksbeauftragten nichts wissen!

So jetzt der Schwindel auch bei der nahenden neuen Wirtschaftsepoche rechtzeitig ein! In Wirklichkeit nämlich lehnten die Arbeiter das Anerbieten ab, weil sie den Plan des Großaktionärs Venkhi durchschaute, der mit seinen Sozialisierungsvoorlägen einen Preis für von ein bis zwei Millionen herauszuschlagen wollte, weil er die in der Bilanz mit ganzen neun Mark figurierenden mobilen Anlagen zum Zeitwert d. i. mit 1 bis 2 Millionen bezahlt haben möchte.

Ein weiterer Grund zu dem scheinbar menschenfreundlichen Anerbieten des Großaktionärs und Generaldirektors Venkhi liegt in Differenzen mit der Arbeiterchaft wegen der von ihr geforderten Entlassung einiger Beamten sowie in dem nicht recht in die Zeit passenden Umstand, daß der Generaldirektor und Hauptaktionbesitzer sozusagen seine eigene Generalversammlung gebildet. Hätte die Arbeiterchaft das Anerbieten angenommen, so wäre sie in die vollständige Schuldknechtschaft dieser „Generalversammlung“, d. h. des Venkhi geraten. Sie hat daher mit der glatten Abweisung ein hebräisches Maß von Einsicht in das Wesen der wirklichen und der Schwindel der Pseudosozialisierung bewiesen.

Es ist wahrscheinlich, daß andere spekulative Köpfe dem Schuldscheißel des Graudenzener Sozialkapitalisten nachzusehen Grund genug, den Fall in der Arbeiterpresse ruhig bekanntzugeben. Vor unseren Feinden werden wir uns selber schützen, vor solchen Sozialisierungsfeinden und dem Schreckgespenst der bürgerlichen Agitation aber kann uns nur strenge Wachsamkeit bewahren.

## Neue Gewalttat in Berlin.

Die Entlassung Eichhorns. — Sturm auf „Vorwärts“ und „Tageblatt.“

Die Berliner Spartakisten hat die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn, über die wir weiter unten berichten, mächtig aufgeregt. Sie veranstalteten am Sonntag Versammlungen, in denen sie ihrer Wut Ausdruck gaben und sich wieder einmal zu Willkürakten hinreißen ließen. Der Telegraph berichtet darüber:

In der Siegesallee richteten die Redner scharfe Angriffe gegen die Regierung und forderten zur Bewaffnung des Proletariats auf. Sie seien fest entschlossen, die Nationalversammlung zu versagen; ein Redner verlangte, man solle sofort zur Reichskanzlei stürmen und Ebert und Scheidemann aufknüpfen. Später sprach in der Siegesallee auch Liebknecht. Er nannte Ebert und Scheidemann Vorkrecher, das Proletariat müsse sich bewaffnen und einen eisernen Ring um das Polizeipräsidentium bilden und um alle Männer, die dem Interesse des Spartakusbundes und der Unabhängigen dienen; die Soldaten müßten alles aufbieten, um die Entlassung Eichhorns mit Waffengewalt zu verhindern. Diese Reden hatten bei der Masse Erfolg und spät abends zog ein großer Zug von Demonstranten nach dem „Vorwärts“. Die Menge erbrach das Tor und drang in das Gebäude ein. Dann wurden alle Redaktionspapiere, Akten und Flugblätter der Mehrheitssozialisten zusammengetragen, ein großer Scheiterhaufen wurde errichtet und alles verbrannt, sodas die Flammen haushoch emporstiegen. Auch der Laden wurde erbrochen, die Fenster zertrümmert und aus dem Laden Flugblättern auf die Straße geworfen und verbrannt.

Eine größere Menge zog nach dem „Berliner Tageblatt“, schleppte dort ebenfalls große Stapel von Flugblättern der „Demokratischen Partei“ auf die Straße und errichtete einen Scheiterhaufen. Dann wurde das Gebäude ebenso wie das des „Vorwärts“ besetzt, sodas es zweifelhaft erscheint, ob die Blätter heute früh erscheinen werden. Die Menge begab sich auch nach dem Ulstein-Haus, wo es ebenfalls zu Demonstrationen kam.

Am „Vorwärts“ wurde ein Flugblatt angeschlagen, in dem es heißt: „Befehl. Sämtliche Truppen der Groß-Berliner Garnison haben sich von heute 6 Uhr ab dem Aktionsausschuß der Verkehrsinspektion für die gestern neu gebildete Regierung zur Verfügung zu stellen. Der Aktionsausschuß Zimmermann.“

Auch das Wollische Telegraphen-Bureau ist von der spartakistischen Menge besetzt und in Besch genommen.

### Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn.

Der preussische Minister des Innern hat die Entlassung des Herrn Eichhorn verfügt und Minister Eugen Graf hat sich bereit erklärt, neben der Freibehaltung seiner bisherigen Funktionen auch die Leitung des Polizeipräsidentiums zu übernehmen. Gegen Eichhorn werden schwere Vorwürfe erhoben. Er hat als Polizeipräsident noch in neuem Jahre Geld von der Russischen Telegraphen-Agentur erhalten, deren Vertreter er war. Für einen Berliner Polizeipräsidenten allerdings einkommen glaubliches Unterzogen. Ferner hat Eichhorn als Polizeipräsident Biulisten bewaffnet. Er hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, Arbeiter der Schwarzkopffischen Fabrik beauftragt, diese Arbeiterchaft unaufrichtig, soweit sie militärisch ausgebildet sei, nach dem Prädium zu beordern um dort Waffen in Empfang zu nehmen. Gegen die Anschuldigung wird von Arbeitern der Fabrik und der Leitung des Sicherheitsdienstes im „Vorwärts“ protestiert, doch erklärt der „Vorwärts“, daß es gerade Leute wie Gabel und Reich von der Leitung des Sicherheitsdienstes gewesen seien, welche bei den Betrieben herumtelefoniert an die Arbeiter aufgebredet haben, die Arbeit sofort einzustellen. Gabel hat sich vor Zeugen gebrüht, „wie glänzend die Sache geklappt habe. Ein Telefonanruf, und die Arbeiter seien sofort gekommen.“ Die Bewaffnung der herbeigekommene Leute wurde im Polizeipräsidentium ganz systematisch durchgeführt. Vor der Waffenkontrolle wurden die Leute nach Betrieben aufgestellt, es wurde z. B. gerufen, „die Leute von Schwarzkopff treten hier an!“ — „die Leute von Neukölln (Spartakisten) treten hier an!“ — Man ließ sie sogar in Gliedern zu vier antreten und teilte dann die Waffen aus. Durch den Obmann des 9. Bezirkes des Spartakusbundes (ein Schwager Eichhorns) sind für Hunderttausende von Kar Gewehre und Pistolen bestellt worden, die niemals ins Polizeipräsidentium gelangt sind.

Bei einer Vernehmung Eichhorns im preussischen Ministerium wurde Eichhorn darauf hingewiesen, daß am 24. und 30. Dezember Waffen im Polizeipräsidentium an Arbeiter leicht zu beschaffende Ausweise hin ausgegeben worden sind. Eichhorn bestreitet, einen Auftrag dieser Art gegeben zu haben. Es wurden ihm gegenübergestellt Mannschaften des Sicherheitsdienstes aus den Vororten, die übereinstimmend angaben, daß ein Mitglied der Leitung des Sicherheitsdienstes Verff

ihnen gesagt hätte, sie hätten 1500 Arbeiter bewaffnet und könnten noch jede beliebige Zahl bewaffnen. Eichhorn will von diesen Vorgängen nichts gewußt haben.

Die Reichsregierung hat außer Eichhorn auch den Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Oscar Cohn, der bekanntlich von Soffe mehrere Millionen bolschewistischer Gelder für die deutsche Revolution empfangen hat, seines Amtes entsetzt.

### Eichhorn

erklärte einem Berichterstatter des „Lokal-Anzeiger“, er verleihe, daß zu seiner Entlassung der Zentralrat und der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Stellung nehmen muß, daß er vor diesen Instanzen seinen Standpunkt vertreten könne. Als der Minister Ernst nachmittags im Polizeipräsidium erschienen, um die Geschäfte zu übernehmen, wurde er von Eichhorn zunächst nicht vorgelassen; dann ließ dieser sich doch herbei, den Minister, der von dem Parteigänger Fischer begleitet war, zu empfangen. Eichhorn, der während der Unterredung einen Revolver aus dem Tisch liegen hatte, erklärte, er nehme eine Entlassung nicht an; er sei vom Berliner Vollzugsrat in sein Amt eingesetzt und werde nur der Gewalt weichen.

## Zur Lage in Posen.

Sonntag früh ist die Miegerstation von Lwica bei Posen von polnischen Soldaten gestürmt. Mit den Anzeigern, ungefähr 3000 Mann stark, mit 40 Maschinengewehren und 12 Feldgeschützen, entspann sich ein heftiger Kampf. Die Kasernements erhielten mehrere Volltreffer. Die Besatzung, gegen 1000 Mann, wurde gefangen genommen und soll heute von Posen abtransportiert werden. Alle Flugzeuge und das übrige Material fielen in die Hände der Polen. Es gab beiderseits Tote und Vermundete. Der Magistrat gibt bekannt: Der Eisenbahnverkehr von Ober-Schlesien nach dem Eisenbahndirektionsbezirk Posen ist amtlich gesperrt und damit die Kohlenzufuhr abgeschnitten. Bis auf weiteres kann Gas nur noch von 5 Uhr abends an abgegeben werden. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt worden und der Zugverkehr nach Berlin steht augenblicklich. In Schneidemühl fanden in der vergangenen Nacht wieder Schießereien am Bahnhof statt. Auch in Gnesen fanden Kämpfe statt. Der Zugverkehr ist eingestellt worden. Der Bahnhof Bentischen war von den Polen besetzt, ist dann aber durch Artillerie von deutschen Truppen zurückgewonnen worden.

**Verstärkung des Grenzschutzes.** Das Kabinett, der Zentralrat und das Kriegsministerium haben beschloffen, den Grenzschutz zu verstärken. Die dazu noch nötigen Vorbereitungen technischer Art sollen mit größter Beschleunigung getroffen werden. Sie sollen in den nächsten Tagen bereits in Erscheinung treten.

## Aus den besetzten Gebieten.

Die Unterdrückung der sozialdemokratischen Wahlpropaganda durch die Franzosen tritt immer stärker hervor. Im ganzen linksrheinischen Gebiet nun keine sozialdemokratische Zeitung erscheinen. Die „Nieder-rheinische Volkstimme“, die bisher in Duisburg gedruckt wurde, darf nicht mehr in dies Gebiet eingeführt werden. Auch die Gründung einer eigenen Druckerei in Crefeld hat sich zum Ziele geführt, da den Genossen nicht die Drucklaubnis erteilt wurde. Jetzt ist das Erscheinen der „Nieder-rheinischen Volkstimme“ überhaupt verboten worden, wie es heißt, wegen ihrer Tendenzen. In Crefeld hat seit der Besetzung noch keine sozialdemokratische Versammlung stattfinden und noch keine sozialdemokratische Zeitung erscheinen können. Dagegen können die bürgerlichen Zeitungen insbesondere die Zentrumsblätter, erscheinen und die sozialdemokratische täglich mit Schmutz bewarfen. Den Genossen sind in der Wahlagitierung vollständig die Hände gebunden. Die Wahlen am linken Niederrhein müssen deshalb wegen Behinderung einer Partei an aller Wahlarbeit ausgefallen und für ungültig erklärt werden.

Auch die belgische Zensur waltet nach Willkür. Sie freit jeden Satz, der die Stärkung des deutschen Reichheitsgedankens betont. Sie fördert die Werbearbeit für die gesonderte rheinisch-westfälische Republik, aber konstatiert jeden Hinweis darauf, daß diese rheinisch-westfälische Republik nur im Anschluß an das Deutsche Reich gegründet werden und ihre Tätigkeit ausüben soll. Sie läßt es nicht zu, daß Wilson als Vorkämpfer darge stellt wird. Sie erzigt alle Schärpen im Wahlkampf aus und beraubt den Wahlkampf jedes Interesses für die Masse der Wähler.

## Krieg und Kriegsfolgen.

**Vollständige Demobilisierung des deutschen Heeres.** Die Demobilisierung des deutschen Heeres ist sehr weit vorgeschritten. 150 Divisionen haben bereits abgerückt, 18 Divisionen haben noch abzurücken. Aber auch hier streift die Demobilisation außerordentlich schnell vorwärts. Mit der Auflösung der alten kaiserlichen Armee erledigen sich auch die Hindernisse über Waffenlager und Abzeichen der kaiserlichen Armee. Die alte Armee Deutschlands hat zu existieren aufgehört.

**Der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen.** Der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen in den Entente-Ländern soll in absehbarer Zeit hergestellt werden. Es handelt sich um 80000 Mann, die teils auf dem Wasserwege, teils auf dem Landwege in die Heimat zurückgelangt sollen.

**Zus Tiflis sind die letzten deutschen Truppen am 23. Dezember abgereist.** Zurückgelassen wurden nur die Kranken, die auch weiter im deutschen Lagerort behandelt und versorgt werden. Der Rücktransport unserer Truppen aus der Ukraine hat mit großen Widerständen zu kämpfen. Durch die vielen ohne Befehl fahrenden Transporte wird die Lösung der Ukraine auf das äußerste erschwert.

**Die Engländer gegen die Bolschewisten.** Bei Riga haben die Engländer in die Kämpfe gegen die Bolschewisten zwei Kommandos der letzten Landeswehr geschickt, die von Bolschewisten über und wurden durch britisches Artillerie zur Revolution gezwungen.

**Radfahrer nach Saloniki übergeführt.** Ein höherer Offizier erklärte, daß die Radfahrer bei dem Generalstab in Saloniki einwilligen mit, daß das Oberkommando der Armee die Radfahrer, die nach Saloniki zu überführen, unter der Bedingung der französischen Re-

gimentalsoldaten in einem Automobil nach Sachoelae gebracht, wo ein Sonderzug bereit stand. 50 Regimentsoldaten bestiegen mit Maschinen den Zug, der um 12 Uhr nachts nach Saloniki abging.

## An die Hausangestellten

läßt die deutschnationale Partei einen Federwisch verteilen, in dem folgender Aufsatz verzeichnet steht:

„Familie und Haus sind bedroht! Siegt der Umsturz, so wird die Haltung häuslicher Angestellten unmöglich gemacht. Euch bleibt nur die überfüllte Fabrik mit ihren großen Gefahren. Wollt Ihr die Familie und damit Euren Beruf retten? So braucht die Macht, die Euch das Frauenstimmrecht gibt und wäscht die Partei, die die Erhaltung der Familie und der Kirche fordert und für Eure Wünsche in bezug auf geregelte Arbeitszeit, vermehrte Freizeit, gestärkte Urlaubsgewährung, wohlliche Schlafräume eintritt.“

Das mag eine Partei zu schreiben, deren Vertreter im preussischen Abgeordnetenhaus noch während des Krieges den Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung der Gefindeordnung bekämpfte. Die ehemaligen Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten und Christlich-Sozialen, die diese Partei bilden, haben unter der alten Herrschaft noch niemals etwas für die arbeitenden Frauen übrig gehabt. Sie waren Feinde des Frauenwahlrechts und wollen es jetzt nur für ihre schädlichen Ziele mißbrauchen.

Wie steht es mit der Familienvernichtung? Ist es die Sozialdemokratie, die Millionen von Frauen und Kindern in Stadt und Land aus der Familie reiht und als Arbeitstier in den Dienst der Bereicherung der Großen stellt? Ist es die Sozialdemokratie, die in Stadt und Land Millionen Menschen zu einem Familienleben in Wohnungen zwingt, die jeder Sittlichkeit und Hygiene höhnen? Ist es die Sozialdemokratie, die Millionen von verheirateten Industriearbeiterinnen in Fabriken zwingt, worin sie in Arbeitsüberbürdung zwischen Haus und Maschine tagtäglich Tropfen ihres Herzbluts in den Fabrikantenprofit hineingeben. Ist es die Sozialdemokratie, die kein Gefühl für die Schande hat, daß hunderttausende schwächlicher, entkräfteter Mütter sich abradern für den schamlos verteuerten Lebensunterhalt und daß ihre traurige Gesundheit sich auf die Kinder schon vor ihrer Geburt vererbt? Ist es die Sozialdemokratie, die das Volk darüber hinwegtäuscht, daß von Geschlecht zu Geschlecht der größte Prozentsatz der Arbeiter in einem Alter verbrannt ist und stirbt, in dem das Leben der Besizenden noch in Blüten steht? Hat nicht gerade die Sozialdemokratie, da wo sie durch ihren Kampf die Arbeitszeit auf acht Stunden verkürzte, dem Arbeiter die Zeit geschaffen, sich seiner Familie, der Erziehung seiner Kinder zu widmen?

Die Antwort, Frauen und Mädchen, wird Euch nicht schwer fallen. Sie muß am 19. Januar in die Tat umgesetzt werden durch eine sozialdemokratische Mehrheit, die Ihr mit wählen müßt.

## Tod und Teufel

haben die Vaterlandsparteiler (jetzt Deutsche Volkspartei und Deutsche demokratische Partei) tanzen lassen, um ihre Weltoberungspläne durchzuführen.

## Himmel und Hölle

wurde in Bewegung gesetzt, um jede freie Bewegung im Klassenstaate zu unterdrücken.

## Zatenschloß Leben

verbürgt allein die sozialistische Republik. Wähler und Wählerinnen, wollt Ihr freie Bürger bleiben, dann stimmt für die Liste der

## Sozialdemokratie!

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 6. Januar.

**Monatsprogramm der Freien Jugend.**

Montags Wandspinnerei, Dienstags Handarbeitsabend; die Sitzungen werden einberufen.

Sonntag, 4. Januar: Reigenabend.

Sonntag, 5. Januar: Tour nach Reisinger Bruch; ab 2 Uhr Lindenplatz. Abends: Fröhlicher Abend.

Mittwoch, 6. Januar: Vortrag über Heibel von M. Kühler.

Freitag, 10. Januar: Diskussionsabend über Religion.

Sonntag, 12. Januar: Wanderung nach Fadenburg-Eckhorst; 2 Uhr Lindenplatz. Abends: Heibelabend.

Mittwoch, 15. Januar: Vortrag über das Programm. S. Grube.

Freitag, 17. Januar: Diskussionsabend über Jugendziele.

Sonntag, 18. Januar: Reigenabend.

Sonntag, 19. Januar: Tour nach Brandenbaum; ab 2 Uhr Kolltstraße. Abends: Banter Abend.

Mittwoch, 22. Januar: Lichtbildvortrag über: Ein Ausflug ins Mecklenburg. Karl Tes.

Freitag, 24. Januar: Diskussionsabend über Astronomie.

Sonntag, 26. Januar: Festigung des St. Annen-Museums. Treffpunkt 12 Uhr im Jugendweim. Abends: Monatsbesprechung.

Mittwoch, 29. Januar: Vom hanseatischen Kaufmann, seinen Schiffen und seinen Waren. Her Lehrer Satow.

Freitag, 31. Januar: Diskussionsabend.

Eltern! Sendet Eure Kinder zu uns, Rahmstraße 58 I, und laßt sie Abonnement der „Arbeiter-Jugend“ unterm Organ, werden. Wir wollen sie zu flachenbewußten Arbeitern heranzüchten.

Die Frühlingskommission.

## Arbeiterkants, denkt daran!

Nur wenige Tage trennen uns von den deutschen Nationalparlamenten und den Bürgerparlamenten. Zum ersten Mal haben die Frauen das Recht, gleich den Männern ihre Stimmen abzugeben für die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verbesserungen im Lande und im Reich in die Wahlen zu werfen. Es ist das größte Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie die

Frauen aus jahrhundertelanger Knechtschaft und Entwürdigung im staatsrechtlichen Beziehung den Männern gleich gestellt hat. Arbeiterfrauen! Trebet ihr am 19. Januar und 9. Februar 1919 mit eurem Stimmzettel in der Hand an die Wahlurne, so denkt daran, was ihr speziell in den letzten Jahren unter der Herrschaft des Kapitals zu erdulden hattet. Ganz abgesehen von jener Not und jenem Elend, die eine tägliche Begleiterin der wirtschaftlichen Ausbeutung und des sozialen Unrechts durch das Kapital darstellten, mühtet ihr die schrecklichen Wirkungen eines furchtbaren Krieges erdulden. Vier Jahre lang mühtet ihr dem verdorrten und gesundheitserschütternden Jammer eure Gesundheit opfern.

Denkt daran, wenn ihr zur Wahlurne schreitet, was ihr in diesen vier Jahren allein Schreckliches durchlebt habt.

Denkt daran, wie man eure Männer und Söhne gewaltfam aus der Familie riß und sie, um dem imperialistischen Maßstab zu trönen, kalten Blutes millionenfach hinmorden ließ.

Denkt daran, an die furchtbaren Stunden, wo ihr zusammengepackt wie die Schafe in langen Zügen bei Sturm und Kälte, in schlechter Kleidung und elendem Schuhwerk, vor den Nahrungsmittelgeschäften eure wüsten Rationen meist sehr schlechter Nahrungsmittel um teures Geld in Empfang nehmen mühtet.

Denkt daran, wie ihr, durch ungenügende und schlechte Nahrung entkräftet, jahrelang bei nicht selten weit über eure schwachen Kräfte hinausgehender Arbeit in den giftigen Munitionsbetrieben in überlanger Arbeitszeit der Pflege und Sorgfalt für eure Kinder entzogen wurdet.

Denkt daran, wie ihr eure armen Würmer infolge von Mangel an Kleidung und Beschuhung in Lumpen gehüllt, oft auch bei strengster Bitterung barfuß laufen und ihre Füße in plumpen Holzschuhen verkrüppeln lassen mühtet.

Denkt daran, wie ihr sie zu all dem Herzeleid noch hungern sehen mühtet, weil durch eine ungedachte Nahrungsmittelverteilung eure Bratrationen zu knapp bemessen wurden.

Denkt daran, wie infolge all dieses Elends und Jammers viele Tausende eurer Geschlechtsgenossen frühzeitig ins Grab sanken oder dem dauernden Siechtum verfielen und vielen eurer Kinder der Todesstern in der Brust lag.

All das, auch noch vieles andere mehr hattet ihr den bürgerlichen Parteien und ihrem System, dem alten Klassenstaat, zuzuschreiben. Wollt ihr jemals solche erbärmliche Zustände wieder, so gebt eure Stimme am Tage der Wahl diesen bürgerlichen Parteien, die jetzt unter neuem Decknamen um eure Wählerstimme buhlen.

Wer aber will, daß kein Krieg und damit kein solches Massenelend mehr über die Menschheit hereinbricht, wer will, daß Glib und Wohlstand unter dem Zeichen der deutschen Volksrepublik auch in der Arbeiterfamilie ihr dauerndes Heim finden, der muß seine Wahlstimme der Liste der deutschen Sozialdemokratie geben. Arbeiterfrauen! Die Entscheidung kann auch demnach am Wahltage nicht schwer fallen.

## Eine bewegte Versammlung der „Demokraten“.

Am Sonntagabend in der Stadthalle statt. Die neugeborene Republikanerpartei hatte sich einen Vertreter des Reederkapitals verschrieben, den sie als Kandidaten für die Nationalversammlung präsentierte. Herr Dr. Stubmann aus Hamburg mußte das Amt nicht verweigern, aus dem fast am bekanntesten Mitglied der Lübecker Reaktionspartei eine Volkspartei zu beschreiben, die nach altem Rezept „jedem das Seine“ bringen soll. Eine schwere Aufgabe für einen 3 Wochen alten Demokraten, dessen nationalliberale Vergangenheit gerade darauf hinausläuft, die Unternehmerinteressen rücksichtslos zu vertreten. Doch die Schildkrappen von Dr. Görk und Co. sind nicht wortwörtlich, und auch Herr Stubmanns Redefuß über staatsbürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung zeigte davon, daß man mit viel Aufwand wenig sagen kann. Immerhin hatte er sich doch zu der Einsicht aufgeschwungen vermocht, daß ohne die Sozialdemokratie im deutschen Lande nicht mehr regiert werden kann. Ausdrücklich hob er hervor, daß sie keine Sozialdemokraten, sondern Demokraten seien, wofür er den berechtigten Ruf: „Vor den Wahlen!“ einsetzte. Die Revolution sagte Stubmann als einen vorübergehenden Zustand auf, den zu meistern der sozialistischen Regierung kaum gelinge. Das große Ziel des Sozialismus verlagere noch auf Jahre hinaus. Das Sozialisierungsprogramm sei nicht durchzuführen, die Ueberlegenheit des Staatsbetriebes zugunsten der Arbeiter sei erst noch zu erweisen. Besser sei es, dem deutschen Arbeiter einen Anteil am Ertrage seiner Arbeit nach einem System zu gewähren, das der Referent noch im Wufen trägt. Die Innens- und Außenpolitik, hauptsächlich die deutsch-polnische, sagt ihm schon gar nicht, und mit den jetzigen wirtschaftlichen Zuständen ist Stubmann unzufrieden, da es dem Volke schlechter gehe als vor dem Kriege. Kirche und Schule finden in der deutschen demokratischen Partei die lautesten Vorbeter, weshalb die Wähler usw. etc. etc. pp.

Die Ausführungen Dr. Stubmanns hatten neben manchem Kopfnicken des Versammlungsleiters Dr. Görk teilweise Beifall, viel mehr aber Widerspruch ausgelöst, der sich in zahlreichen Zwischenrufen und Redeunterbrechungen zeigte. Herr Pastor Rantz von der schönen deutschnationalen Volkspartei, den früheren Reichstagsjunkern mit dem Motto „Ohne Kanitz keine Röhme“, war höchst überrascht, daß der Referent seine Partei schärfer angefaßt habe als diejenige der Sozialdemokraten. Er fuhr ganz ahnungslos, was seine Partei denn verbrochen habe. Nun, Stubmann hatte behauptet, die Konservativen, jetzt Deutschnationale, seien die Ursache des Zusammenbruchs. (Im Schlußwort bescheinigte Dr. Stubmann dem Herrn Pastor noch, daß der Kandidat der Deutschnationalen, Graefe, der reaktionärste Mensch im ganzen Reichstage gewesen sei.) Der Herr Pastor fassete noch von nationaler Würde, von Christentum und Kirchentreue, und redete lautierte Zwischenrufe in die Tasche.

Genosse Mehrlein zahlte darauf den Herrschaften mit reiner Würze zurück. Der Streit der beiden Redner sei gleichgültig, sie trügen zwar verschiedene Kappen, seien jedoch einander würdig. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß sie es nicht wagen, unter dem alten Namen in den Wahlkampf zu ziehen. Mit ihrem alten Programm und Sündenregister, das insbesondere die Nationalliberalen ausgezeichnet, müssen sie sich schämen. Die Bürgermentafel würde abgemacht und der gute Name Demokratie müßte braudt, um Bauernfang zu treiben. Die Freisinnigen haben liberale Forderungen nur auf dem Papier. Herr Dr. Stubmann hat zu den Kriegshehnen gehört, obwohl er wissen mußte, daß Deutschland auf andere Länder angewiesen ist. Die Kriegsgänge der Demokraten und Nationalliberalen haben während des Krieges die halbe Welt regiert und sich eines großen Verbrochens dadurch schuldig gemacht, daß sie nicht geholfen haben, diesen Weltkrieg zu verhindern. Aber sie erhoben keinen Protest, weil sie annerkieren wollten und die nationalliberale Fraktion selbst stimmte gegen die Friedensresolution. Genosse Mehrlein jing des weiteren auf die Schuld am Kriege ein, und erklärte auf einen Vorwurf des Referenten gegen unsere Genossen im gegnerischen Ausland, diese seien von der Schuld Deutschlands am Kriege überzeugt gewesen, während wir belogen und betrogen wurden, wie die Schriftstücke des Grafen Verchenfeld bewiesen. Das konnten die demokratischen Nerven der ehemals Kriegsbegeisterten nicht ertragen, und sie widersprachen ziemlich heftig. Es bekräftigte jedoch mehr den himmlischen Gehalt als die Ueberzahl. Redt derb lautete die Antwort Mehrleins auf die Vorklage. Er wies überzeugend nach, daß die Schuld an dem aufgeregten Polen Deutschlands und speziell Preußens altes System trage, das die Polen in jeder Hinsicht unterdrückte. Gerade das Einigungsgebot habe erbittert. Die Polen und Litauer-Glocken machten jetzt nur nach, was ihnen Deutschland vorgemacht hätte. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse übergehend, betonte Genosse Mehrlein, daß die Zeiten vor dem Kriege doch nicht den heutigen als Maßstab dienen könnten. Die Bequemlichkeit des Bürgerturns sei freilich etwas aufgehoben. Wenn das deutsche Volk 44 Jahre die größten Entbehrungen und Leiden durchgemacht habe, müßten die Herren vom Bürgerturn eben die paar unruhigen Wochen im Kauf nehmen. Ueber die Streitenden sollten sich die Nationalliberalen vom Schlage Stubmanns am



# HOLSTENHAUS

G.M.B.H.

Montag, den 6. Januar, beginnt unser

LÜBECK

## Inventur-Ausverkauf

in allen gesetzlich hierfür freigegebenen Abteilungen —  
Vom Ausverkauf sind sämtliche Textil-Waren ausgeschlossen.

Wie alljährlich, ist auch jetzt unsere Inventur in den ersten Tagen des Januar beendet — und wenn auch in absehbarer Zeit nicht daran zu denken ist, daß billige Ware auf den Markt gelangt, so gilt es doch, einzelne Läger von den grossen Vorräten zu entlasten und Platz für Neu-Eingänge zu schaffen.

Hierzu bietet uns erwünschte Gelegenheit der gesetzlich gestattete **Inventur - Ausverkauf.**

Wir bitten um Ihren Besuch, um Ihnen zu beweisen, **wie vorteilhaft Sie bei uns kaufen.**

Kriegsanleihe nehmen wir nach wie vor in Zahlung.

Grosse Posten Waren haben wir auf Sondertischen zur Auslage gebracht und die Preise gewaltig, teils

# 50%

und darüber herabgesetzt.

Allgemeine Ortsrentenkasse für das Fürstentum Lübeck.  
Nach § 12 der Satzung sind An- und Abmeldungen der Versicherungspflichtiger Personen binnen 3 Tagen nach Beginn bzw. Beendigung der Beschäftigung zu bewirken. Lohnveränderungen sind gleichfalls binnen 3 Tagen anzugeben.  
Ueberrretungen werden nach § 12 Abs. 6 und 7 der Satzung bestraft. (7759)  
Curtin, den 30. Decbr. 1918.  
Der Vorstand.  
ges. H. Steenbock, Vorsitzender.

## Sozialdemokratisch. Verein.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch, dem 8. Januar 1919  
abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.  
Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1918.
2. Aufstellung der Bürgerschaftskandidaten.
3. Der Rätekongress in Berlin und die gegenwärtige politische Situation.
4. Innere Vereinsangelegenheit.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
**Der Vorstand.**  
Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Am 3. Jan. starb unser Kollege

**Rudolf Canow.**

Ehre seinem Andenken.  
Beerdigung findet Dienstag, d. 7. Januar, nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Um rege Beteiligung wird gebitten. (7749)  
**Die Arbeiterschaft des Hochofenwerks.**

Zu kaufen gesucht (7756)  
Hausstandsstumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.  
Karl Kleinfeld, Wallenhorst 25.  
Telephon 2431.

**Uhren-Reparaturen.**  
Bülgte Preise. (7756)  
Grosse Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.  
Hermann Volk, Uhrmacher,  
Breite Straße 54 u. Hüxstraße 71.

**Rechnungs-Formulare**  
werden bezugsfertig in der  
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Achtung!**  
Deutscher Eisenbahner-Verband.  
Ortsgruppe Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag, dem 7. Januar  
abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
im Lokale Zur schwarzen Dohle, Hundestraße 41.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, ist es dringend notwendig, das sämtliche Mitglieder erscheinen.  
Die Ortsverwaltung. (7758)

**Klozzimmer mit Klavier frei!**  
Restaurant Franz Tschirpke  
Schwarz Allee 17b Fernspr. 547

**Warnke, afad.**  
Südbad, Gr. Bauhof 11.  
1. Fachatelier am Plage für Porträts und Vergrößerungen  
— Gegründet 1904. —  
NB. Den wertigen Porträts, Fremden und Bekannten sei mein Atelier ganz besonders empfohlen und bitte um gütige Unterstützung. (7756) D. G.

Spezial, Schinken, Wurst usw. nehme an zum Räucheru.  
Karl Lahrts, Büttcherstr. 16  
(7751) Schlaugerei u. Buchdruck.

## Deutsche demokratische Partei Lübeck.

### Große öffentliche Frauen-Versammlung

Dienstag, den 7. Januar 1919, abends 8 Uhr  
in der **Stadthalle.**  
Rednerin:  
Frau Friese-Schmidt, Schwerin, Kandidatin d. Wahlkreis. Lübeck-Mecklenburg.  
Wählerinnen, erscheint in Massen! (7771)

**Wahlwerbverein bürgerlicher Frauen.**  
**Oeffentl. unentgeltlicher Vortrag**  
am Mittwoch, 8. Januar, abends 8 Uhr  
im Saale der Loge zum Füllhorn, St. Annenstr. 2  
**Die Wahlpflicht der weiblichen Jugend.**  
Vortragende: Frl. Paula Müller-Hannover.

**Deutsch-Nationale Volkspartei.**  
Wir bitten alle diejenigen, welche zur Mitarbeit jetzt und am Wahltage bereit sind, unverzüglich mündlich oder schriftlich ihren Namen bekannt zu geben an die Geschäftsstelle (7751)  
**Schmiedestraße 23. Fernsprecher 8761.**

**Deutsch-Nationale Volkspartei.**  
Zur Stärkung unseres Wahlfonds sind noch grössere Geldmittel erforderlich. Wir bitten um Ueberweisung oder Einzahlung (auch kleinerer Beträge) an alle hiesigen Banken für die deutsche nationale Volkspartei oder an die Geschäftsstelle Schmiedestr. 23. Fernsp. 8761. (7754)

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
**Versammlung**  
täglich  
**Heizungsmonteur**  
und Scher  
am Mittwoch, 8. Januar  
abends 7 Uhr (7776)  
im „Gewerkschaftshaus“

**Hansa-Theater.**  
Abends 7 Uhr: (7772)  
**Komtesse Didi.**

**Stadtheater Lübeck.**  
Spielzeit 1918/19. (7762)  
Dienstag, den 7. Januar:  
18. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

**Mignon.**  
Mittwoch, den 8. Januar  
12. Vorstellung im Mittwochs-Abonnement.  
**Der heilige Florian.**  
Donnerstag, den 9. Januar  
für die Schauspielergemeinde.  
Rote Karten.  
**Die Lokalbahn.**  
Die feurige Metten.  
Freitag, den 10. Januar:  
Der Barbier von Sevilla.

Nach langen Jahren erkrankte meine liebe Frau, meines Sohnes gute Mutter  
**Frieda Rickert**  
geb. Gehse.  
In tiefer Trauer Hermann Rickert u. Sohn Carl Gehse u. Frau Wilhelm Gehse u. verm. Johann Rickert u. Frau Martin Rickert u. verm. Frau Martha Rickert.  
Chausseestraße 12.  
Beerdigung am Freitag, dem 10. Jan. von der Kapelle des Vorwerter Friedhofes, Beginn 2 Uhr. (7774)

Nach kurzem schweren langwierigen Gebrauchs werden erkrankt. Sonntags abends um 11<sup>1/2</sup> Uhr starb nach 24<sup>1/2</sup> Jahren im Lebensalter 62 Jahre meine liebe Mutter, Schwieger- und Stiefmutter (7766)  
**Magda'ene Schulz**  
geb. Gramm.  
Dies betrauert von ihren Kindern, Enkeln und allen, die ihr nahe standen.  
H. Hugo Schulz  
Kaiserstr. 30, II.  
Beerdigung Donnerstag, Beginn der Trauerfeier 2<sup>1/2</sup> Uhr in der Kapelle des Vorwerter Friedhofes.

Ein junger hübscher Mann, 17 Jahre alt, der mit Herden Beschäftigung, sucht Beschäftigung. Angebote unter B V an die Exp. d. Bl. (7775)

Zu verm. eine Zimmer-Einrichtung, eine Wäsche, (7773)  
Klosterstr. 36, I.  
Zu verm. 1 Paar Herren-Schuhwerk, Gr. 2, 1 Paar Herren-Schuhwerk, Gr. 25 (7767)  
Schlagstraße 18, par.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

##### Ein Reichsbürgertag

Ist gegenwärtig in Berlin versammelt. Als Aufgabe der Bürgergerichte wurde gefordert, es müsse ein Strich nach links gegen die U- und S.-Räte gezogen werden. Da es aber notwie, mbaligst schnell wieder zu geordneten Zuständen zu kommen, sei bis zur Nationalversammlung die gegenwärtige Regierung zu unterstützen. Eine Entschließung fand Annahme, in der allgemein der Schutz des Bürgertums gefordert und vor allem empfohlen wird, nach Möglichkeit die Listen der bürgerlichen Parteien zu verbinden. Die Versammlung wandte sich gegen das schwache Verhalten der Regierung gegenüber den Polen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich für die Reichseinheit und die Aufrechterhaltung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage und die Bekämpfung aller Abtrennungsbestrebungen ausspricht. Es wurde die Gründung eines Reichsbürgerrates beschlossen.

##### Kleine politische Nachrichten.

Die Braunschweiger Landesregierung erklärte jede Werbung von Freiwilligen als Hochverrat und will dagegen gerichtlich vorgehen. — Der Braunschweiger U- und S.-Rat beschloß die Abschaffung der Todesstrafe. Der frühere Reichskanzler Graf Hertling ist am Sonntag verstorben.

#### England.

Zur den Versöhnungsfrieden. Die Londoner Arbeiter wollten in Albert Town, der größten Saalhalle Londons, ein Meeting abhalten, um für einen gerechten Frieden zu demonstrieren. Die Direktion der Albert Town verweigerte die Herabgabe der Halle. Kurzherd durchschnitten die Arbeiter die Kabel der elektrischen Leitung von Albert Town und erzwangen so die Herabgabe des Saales. In dem Meeting wurde eine sehr entschiedene Entschließung für einen Rechtsfrieden und gegen einen Gewaltfrieden gefaßt.

#### Amerika.

Hilfe für Europa. Wilson erzuhte den Kongreß um Bewilligung von 100000 Dollar zur Bekämpfung der Hungersnot in Europa. Diese Summe soll hauptsächlich dazu dienen, die Lebensmittelsendungen nach den Gegenden des westlichen Rußlands, nach Polen und Oesterreich-Ungarn zu ermöglichen.

### Wirtschaftliches.

Der Bergarbeiterstreik auf den linksrheinischen Zechen wurde durch Eingreifen des belgischen Kommandeurs beendet. Er ordnete die Einhaltung der Abmachungen zwischen Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband an. Danach zählt die Ein- und Ausfahrt nicht zur stündigen Schichtzeit. Es kam beim Ausstand zu einem Zusammenstoß zwischen belgischem Militär und streikenden Bergleuten, wobei vier Bergleute verwundet wurden. Der Ausstand auf sämtlichen Zechen des Mühlheimer Bergwerksvereins dauert noch an.

##### Sechshunderttag in Frankfurt a. M.

Durch Beschluß des Arbeiterrats wird in Frankfurt a. M. von heute ab der Sechshunderttag eingeführt. Diese Maßnahme wird begründet mit der Notwendigkeit, die Brennstoffvorräte zu strecken und außerdem einer großen Anzahl von Arbeitern und Angestellten Beschäftigung zu beschaffen. Ausnahmen sollen nur für die verschiedenen Verkehrsbetriebe sowie für solche Betriebe gewährt werden, die zur Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen unentbehrlich sind.

##### Amerikas Getreidelieferungen für Deutschland.

Nach Konsulatsberichten aus Newyork wird mit einer beschleunigten Aufnahme der Getreidelieferungen für

Deutschland und das Gebiet der früheren Donaumonarchie gerechnet. Für die Ausfuhr nach Deutschland wird trotz der enormen Weizenvorräte in erster Linie Roggen bereitgestellt, da in den letzten Jahren in Amerika viel mehr Roggen angebaut wurde, als in früheren Zeiten. Von Seiten des amerikanischen Getreidehandels sind schon seit Anfang Dezember alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland im Gange. Das einzige Hindernis für die Belieferung des deutschen Volkes mit Getreide ist der Mangel an Schiffsraum. Selbst nach der Versorgung der alliierten Länder bleibt ein erheblicher Ueberschuß an Weizen, denn England und Frankreich decken einen erheblichen Teil ihres Bedarfs aus der argentinischen Weizenerte. Für diese sind die Aussichten die denkbar günstigsten.

##### Freigabe von Handelschiffen.

Der Vorsitzende des Schiffsahrtsamtes der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß die Freigabe der requirierten amerikanischen Handelschiffe bis zu einem Inhalt von einschließl. 4000-Tonnen-Gewicht, mit Ausnahme gewisser Schiffe, die für militärische Zwecke benötigt werden, beschlossen wurde. Diese Schiffe werden bei der nächsten Ankunft in den Häfen der Vereinigten Staaten entlassen werden und sind vorläufig noch den einschränkenden Bestimmungen unterworfen. Das Schiffsahrtsamt behält sich das Recht vor, sie von neuem zu requirieren, wenn dies aus militärischen oder anderen Gründen notwendig werden sollte.

### Aus der Partei.

Ein Vierteljahrhundert Parteivorstandsmittglied. Ein solches Jubiläum feiert in diesem Monat Genosse Wilhelm Wankner. Er gehört jetzt 25 Jahre dem Parteivorstande an. Was Genosse Wankner in dieser Zeit, was er aber bereits vor dieser Zeit für die Partei und Gewerkschaftsbewegung geleistet hat, ist zu bekannt, als daß es an dieser Stelle erneut und ausführlich rekapituliert zu werden braucht. Genosse Wankner steht heute im 79. Lebensjahre. Tag für Tag erscheint er pünktlich morgens im Bureau des Parteivorstandes zur Arbeit. Wir wünschen unserem ehrwürdigen Genossen noch manches Jahr segensreichen Wirkens für die deutsche Arbeiterklasse.

### Gestohlene

und unrechtmässig erworbene

**Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung**  
schänden den Träger und den deutschen Namen.  
Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

Die sozialdemokratische Presse. Als zweites sozialdemokratisches Blatt für Inhalt erscheint vom 1. Januar die „Volksmacht“ in Bernburg. — Am 1. Januar sollte auch ein neues Blatt der Unabhängigen in Blauen erscheinen. Die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe hat jedoch mitgeteilt, daß sie das dafür nötige Papier nicht zur Verfügung stellen könne. Dittmann habe für eine Anzahl neuer Tageszeitungen der U. S. P. den Antrag auf Gewährung von Ausnahmebezugsrechten gestellt. Dem Antrage habe der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes entsprochen, aber sofort hinzugefügt, daß mit dieser Bewilligung die äußerste Grenze des Möglichen erreicht sei. Da in der Dittmannschen Liste die Wauener Volkszeitung nicht enthalten gewesen sei, sei eine Ausnahmebewilligung von Papier für sie unmöglich.

Belgischer Streit über deutsche Parteifragen. Bei den Beratungen der Leitung der belgischen Arbeiterpartei über die Frage der Teilnahme an der Lausanner Konferenz wurde Hunsman wegen Zusammengehens mit den deutschen Mehrheitssozialisten angegriffen. Lefeu sagte, die belgische Arbeiterpartei könne erst dann mit den deutschen Sozialisten zusammenkommen, wenn diese offen ihre Mißbilligung über die Unterstützung der imperialistischen Politik ausgesprochen haben würden. (?) Das scheint die Ansicht der Mehrheit der Parteileitung zu sein. Wauters sagte, der Krieg sei noch nicht aus. Das

Zusammengehen mit Scheidemann und den Zimmerwäldern würde eine törichte Brüllaktion der öffentlichen Meinung sein. Hunsman sagte, er sei immer derselben Ansicht gewesen wie Hunsmans. Stockholm wäre für die Internationale eine Katastrophe geworden. Aber Hunsmans habe sich nicht vor der Parteileitung, sondern vor der Internationale zu verantworten. Er, Banderdelbe, denke über die deutschen Mehrheitssozialisten nicht viel günstiger als Lefeu. Aber jetzt, wo der Krieg fastlich vorüber ist, sei die Frage, ob man mit der deutschen Mehrheit zusammenkomme oder nicht, nicht mehr von großer Bedeutung. Es werde ihr bei Gelegenheit selbst scharfe Worte machen. Mit Rücksicht auf den Völkerverbund und auf den Kampf gegen den überall auftauchenden Völkerverbund, der in 20 Jahren wieder zu einem Kriege führen könnte, sei der Zusammenschluß aller Kräfte erwünscht. Nach der zehnten Vertiefung Hunsmans, der sich im Kampf gegen den Chauvinismus und den zukünftigen Wirtschaftskrieg erklärte, beschloß die Parteileitung auf Antrag Banderdelbes, sechs später zu ernennende Delegierte ohne bestimmte Mandate zu der internationalen Konferenz nach Lausanne zu entsenden, aber die Frage der Teilnahme an der internationalen Konferenz noch näher zu erwägen.

### Die Unabhängigen in Auflösung.

In der Spatatsienkonferenz in Berlin erklärten in der Tagung eine Deputation der „revolutionären Obleute“ und verlangte, daß die Konferenz ihre gefaßten Beschlüsse, namentlich den Beschluß der Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung wieder umstoße. Geführt war diese Deputation von den linksradikalen Unabhängigen Ledebour, Richard Müller und Däumig. Es wurde einen Tag lang mit der Deputation verhandelt, aber entgegen dem Prinzip, das sie für die Tagungen anderer Leute aufstellten, daß nämlich die einbringenden „Massen“ jede Tagung verweigern dürfen, weigerten sich die Spartacuseule in diesem Falle, wo ihr Prinzip sich gegen sie selber richtete, die Forderungen der „revolutionären Obleute“ anzunehmen. Die Verhandlungen zerfielen sich, und nachdem dies geschehen war, beschloß die Spartacuseule Ledebour und Gesellen, daß „einige linksradikale Mitglieder der U. S. P.“ versucht hätten, Verwirrung anzurichten, daß ihnen dies aber nicht gelungen sei. Ledebour war abgelehnt!

Aus der unabhängigen „Freiheit“ erfährt jetzt die Mitwelt den tieferen Sinn des Vorganges. Ledebour, Däumig und Richard Müller haben versucht, den linksradikalen Flügel der Unabhängigen zu Spartacus herüberzubringen. Bekanntlich hatte Ledebour es bei der Kandidatenaufstellung der Unabhängigen in Berlin mit den höchsten Löhnen der Entlohnung abgelehnt, mit seinem eigenen Parteigenossen Haase zusammen auf einer Liste zu kandidieren. Die „Freiheit“ rät jetzt den Grund. Die Liste Liebknecht-Ledebour war damals schon fertig, Ledebour hatte mit den Spartaciseulen einen Rückversicherungsvertrag geschlossen. Die „revolutionären Obleute“ waren für dies Projekt gewonnen, da kam der Beschluß der Spatatsienkonferenz, der gegen Liebknechts Beschlüssen die Teilnahme an der Wahltagung ablehnte! Damit war Ledebours Plan gescheitert, und daher sein Bemühen, mit Hilfe der revolutionären Obleute die Spartaciseule zur Rücknahme ihres Beschlusses zu bewegen. Dem Ledebour, bemerkt die „Freiheit“, war nicht nur immer konsequent fürs Wählen, sondern auch — fürs Gewählwerden!

Im übrigen spott die „Freiheit“ über Ledebours Parteierrat Gift und Galle und erklärt jedes weitere Arbeiten mit ihm zusammen, der gleichzeitig in der Parteileitung sitzt und die Partei sprangt, für unmöglich. Damit ist die Unabhängige Partei unmehr in drei Trümmern gesprungen: die Reste um Haase-Dittmann, die linksradikalen um Ledebour-Däumig, und die Spartaciseule um Liebknecht-Luxemburg. Sie endet jetzt die Früchte ihrer rein negativen Agitationspolitik. Die Unabhängigen ihrer zwischen sämtlichen Stühlen, ihre Partei ist zersplittert, das Ende kann nicht zweifelhaft sein.

### Gewerkschaftsbewegung.

Rapides Steigen der Gewerkschaftsmitglieder. Der Gesamtarbeiterverband hat im Monat Dezember 10 000 Mitglieder neu aufgenommen. Die Mitgliederzahl ist jetzt um 2500 höher als vor Kriegsbeginn. — Der Lederarbeiterverband hat in den letzten Wochen um durchschnittlich je 1200 Mitglieder zugenommen. — In der Handlungsgeschäftszeitung teilt die Ortsgruppe München mit, daß sie seit dem 1. Oktober weit über 3000 Neuaufnahmen gemacht hat.

### Mutterfreuden.

Roman von S. Salomon.

24. Fortsetzung.  
Bei diesem interessanten Gespräch waren die beiden Freunde immer tiefer ins Gehörs eingedrungen, ohne darauf zu achten, daß sie schon längst von dem Hauptweg abgegangen seien. Sie hielten an und schauten lachend umher, um wieder auf den richtigen Weg zu kommen. Eine Zeilung schrieben sie wieder zurück, in der Hoffnung, den Hauptweg doch noch zu finden. Bald mußten sie aber einsehen, daß das vergebliches Mühen sei. Sie wandten sich deshalb etwas nach links und gingen nun aufs Geratewohl durch den leuchtendenden Wald, welcher sich hier meilenweit um Straßburg herumzieht.  
Sie mochten wohl gegen eine Stunde schon marschiert sein, als aus weiter Ferne Lote an ihr Ohr schlugen, die bald wie Tanzmusik klangen. Sie gingen den Tönen nach und bald sahen sie auch schon durch das letzte Gehölz ein Gebäude hervorstrahlen. Die Dämmerung brach jetzt plötzlich herein und sie waren beide froh, als sie bei näherer Beschäftigung des Geländes erkannten, daß sie den „Grünen Jäger“, ein Tanzlokal, vor sich hatten.  
Daselbst, idyllisch im Walde liegend, wurde fast ausschließlich von Soldaten besucht und war an Sonntagen ein sehr beliebter Aufenthaltsort aller Waffengattungen Straßburgs, um hier mit ihren Mädchen einige vergnügliche Stunden zu verbringen.  
Von dem anstrengenden Marsch in dem aufgeweichten Boden ermüdet, nahmen die beiden Freunde in der vorderen Gaststube Platz, um sich bei einem Glase Bier zu erfrischen und ihren trummernden Magen durch einige Butterbrote zu beschäftigen.  
Die Stube selbst war sehr wenig besucht, dagegen sah es in dem gegenüberliegenden großen Tanzsaal gewaltig voll zu sein.  
Bei dem fortwährenden Dehnen der Tür drangen ab und zu die lockenden Töne eines Walzers oder Mazurkas auch in die Gaststube hinein.  
„Nun Ernst, was meinst du“, fragte Friedel seinen Freund, „wollen wir auch mal ein Tanzchen wagen? Hier findet man immer ganz nette Mädels.“  
„Dazu habe ich wirklich heute gar keine Lust“, sagte Röder, „trotzdem ich sonst ein ganz flotter Tänzer bin. Aber du tanzt ja auch gern, und so können wir uns den Trübel da drüben ruhig mal mit kaltem Blute ansehen.“  
Sie standen beide auf und drängten sich langsam durch die Hin- und her wogenden Paare in den Vorraum zum Tanzsaal hinein. Eben wollten sie sich nach einer Ecke des Saales hindurchschlängeln, als sich Friedel plötzlich am Arme gefaßt fühlte. Er

drehte sich um und sah sich dem Sergeanten Künzel gegenüber, der keine Braut am Arme führte.  
„Das trifft sich ja fein, Friedel“, rief der Sergeant heiter aus, „kommt man mit an unser Tisch, da ist für Euch gerade noch Platz.“  
„Ja, aber für meinen Freund Röder doch auch noch?“ bragte dieser.  
Der Sergeant zuckte erst die Achseln, als er Röder, Honneur machend, bemerkte.  
„Na, meinetwegen“, bemerkte er wegwerfend, „er muß sich dann etwas blum machen. Kommt man mit.“ Damit drängten sie sich durch die wirbelnden Paare und saßen nach kurzer Zeit an dem Tische des Sergeanten, an dem sich noch mehrere Unteroffiziere mit ihren Mädchen befanden.  
Während Friedel von den meisten freundschaftlich begrüßt wurde, da er als ein sehr freigebiger Kamerad bekannt war, beachtete man Röder so gut wie gar nicht. Er setzte deshalb auch seinen Stuhl etwas abseits vom Tische, da er sich in dieser Umgebung doch sehr ungemächlich fühlte. Friedel aber zog seinen Freund immer wieder mit in das Gespräch, so daß auch die übrigen nicht umhin konnten, ab und zu mal eine Frage an ihn zu richten.  
Friedel ließ wieder wie gewöhnlich einige Runden Bier kommen, so daß bald eine ausgelassene Fröhlichkeit in dem kleinen Kreise herrschte. Am ausgelassensten schien aber die Braut des Sergeanten zu sein. Sie war eine mittelgroße, zierliche Person von hübschem Aussehen und ließ auf den ersten Blick ihre französische Abkunft erkennen. Es lebte alles an ihr wie in immerwährender Aufregung. Dabei ließ sie öfters jenes überfliegende ansehende Lachen erkennen, welches unwillkürlich die Zuhörer mit hineinzieht in die schallende praelende Fröhlichkeit.  
Sie hatte heute ihren guten Tag, denn allgemein ward erzählt, daß sie sehr launisch sein könne und dann ihren Bräutigam bis aufs äußerste reizte.  
Wiederholt hatte sie nun schon mit verschiedenen Kameraden ihres Bräutigams, sowie auch mit Friedel, den sie bereits seit längerer Zeit kannte, getanzt. Mit höchstem Wohlgefallen betrachtete sie öfter verflohen den wortfroh dastehenden Röder. Da ihr Temperament die Abwechslung liebte, wäre sie gar zu gern auch mal mit Röder, einem ihr neuen Tänzer, durch den Saal gewalt.  
Der Sergeant machte jedoch mit eifersüchtigen Blicken darauf, daß sie etwa mit keinem Gemeinen tanze, denn das wäre doch nicht standesgemäß gewesen! Das allermeiste war ein Gefreiter. Außerdem konnte er den Röder überhaupt nicht gut leiden, weil dieser den Friedel jeden Sonntag gewissermaßen mit Beschlag belegte, so daß dem Sergeanten so manche Freigebigkeit seines Gefreiten entging.

Immer feuriger und wilder drehten sich die Paare nach dem Takte der Musik. Mit wachsendem Interesse verfolgte Röder die wirbelnden Tänzerinnen, welche in bunter Reihenfolge an seinem Auge vorüberflogen.  
Von allen verlassen, sah Röder bald allein an dem Tische und konnte mit Ruhe das aufregende Treiben seiner Kameraden beobachten.  
Künzel hatte sich mit Friedel und einigen anderen Unteroffizieren an die Schenke begeben, um dort ihren vom Tanzen beförderten Durst durch einige Gläser Bier zu stillen.  
Röder zog seine Zigarettasche hervor und betrachtete lange die kleine zierliche Ständerin darauf. Es war das letzte Erinnerungsbild, welches seine Braut ihm bei seinem Abschied durch den alten Einbitter hatte einschließen lassen. Eine kleine dunkelrote Rose mit einigen Bergkristalleinblößen war mit ungeübter Hand darauf gesteckt. Freilich, ein Kunstwerk war es nicht. Aber treue Liebe hatte das da vor ihm liegende doch mit unendlicher Geduld fertig gebracht. Wie lange sie wohl dazu gebraucht haben mochte? — Träumend entnahm er der Tasche eine Zigarre und steckte dieselbe an.  
Den Rauch vor sich hinbläsend, bemerkte er gar nicht, daß sich die Braut von Künzel an dem Tische niedergelassen hatte. Eifrig schaute sie dem glühenden Gesichtchen mit ihrem Talschmucke an, dabei neugierig den wie im Traume dastehenden Röder betrachtend. Als sie die vor ihm liegende Zigarettasche bemerkte, griff sie plötzlich danach, und dieselbe mühsend, fragte sie den sah Aufhorchenden:  
„Sie haben wohl auch schon eine Braut?“  
„Jawohl, mein Fräulein“, sagte verbindlich Röder. „Und wie Sie ganz richtig vermuten, ist dieses ein kleines Liebesgeschenk von ihr.“  
„Hm!“ machte sie, das Köschen räuspelnd: „Die Idee ist ganz hübsch, aber die Ausführung!“  
„Ja freilich, Fräulein“, meinte Röder lächelnd, „Ihre zarten Fingerringen hat meine Braut auch nicht. — Ist Stücken auch nicht gewohnt.“  
„Was ist sie denn?“ fragte sie neugierig.  
„Ein einfaches Mädchen vom Lande“, entgegnete er.  
„Was Sie sagen!“ rief sie gebohrt aus. „Ist sie denn hübsch?“  
„Ich glaube ja“, meinte er aufrichtig. „Freilich keine sinnberührende Schönheit, die es versteht, ihre Reize noch höher erscheinen zu lassen, sondern ein schlichtes, einfaches aber gemütvolleres Landmädchen.“

Fortsetzung folgt.

**Der Achtundzwanzigste im Eisenbahnbetrieb.** Der Arbeitsminister hat bestimmt, daß die Arbeitszeit der im nationalen und im Bahnbesetzungsdiensft tätigen Beamten und Arbeiter im Monatsdurchschnitt wie beim international höchsten 26 X 8 = 208 Stunden betragen darf. Als reine Arbeiter für die Dauer der planmäßigen Dienstleistungen oberhalb der im einzelnen länger als 15 Minuten währenden Dienstaufent.

**Beendigung des Berliner Kellnerstreiks.** Das Gewerbegericht hat den Kellnern und Gastwirten einen Einigungsorschlag unterbreitet, wonach unter Beteiligung der Trinkgelber die Kellner unter 20 Jahren einen Wochenlohn von 80 M., Kellner über 20 Jahre von 100 M. bei achtstündiger Arbeitszeit und einer allwöchentlichen Ruhezeit von mindestens 36 Stunden erhalten sollen. Beide Parteien haben den Vorschlag angenommen, jedoch der Kellnerstreik beendet ist und die Betriebe heute wieder geöffnet sind.

**Soziales.**

**Ueber die Löhne der Arbeiter** erläßt die preussische Regierung eine Verordnung im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens. Es heißt darin: Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft nahm in der letzten Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung, die die schwersten Schwierigkeiten erwecken und weite Gebiete der Güterzeugung zum Erliegen bringen muß. Eine besorgniserregende, aber unvermeidliche Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn, noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zu einer gebührenden Pflicht der Staatsregierung, den Lohnausgaben über das Maß des Ertrages hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Sachminister werden daher ersucht, an sie herantretende Lohnforderungen zwar in voller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob nicht durch eine Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Fall sind die Forderungen zurückzuführen.

Dieser Erlaß haben auch noch die unabhängigen Mitglieder der preussischen Regierung, Ströbel, Wolf Hoffmann und Kolenfeld mitunterzeichnet.

**Die Lage des Arbeitsmarktes.** Nach den amtlichen Auswertungen der Preussischen Arbeitsnachweise war zu Jahresanfang weiter überall arbeitslos bedürftig an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und im Bergbau. Teilweise wurden auch Erntearbeiter und ungeratete Fabrikarbeiter angefordert. Im Bergbau fehlen Maure und Heizer, während an anderen Stellen ein Überangebot von diesen vorhanden ist. Im Hüttenwesen besonders Schmelzer, Dreher, Schmied, teilweise auch an Malern, Malern, Zimmermann ist ein großes Überangebot vorhanden. In der Textilindustrie herrscht Arbeitslosigkeit. Bei Bäckern und Fleischern ist ein großes Überangebot. Dagegen herrscht Mangel an Schuhmachern und Schneidern. Unbetrieblige Nachfrage herrscht besonders in den östlichen Provinzen nach Waldarbeitern und Holzfällern, in Mittel- und Norddeutschland nach Erntearbeitern, an der Küste nach Schiffszimmerern. Im Handwerksberufe sind viele Angeleitete, vor allem auch weibliche, arbeitslos. Eine ungedeckte Nachfrage besteht in allen Teilen des Reiches nach Dienstboten für Stadt und Land. Im allgemeinen bereitet die Verdrängung der Arbeitskräfte an die Stellen und in die Berufe, wo sie gebraucht werden, die größten Schwierigkeiten.

**Aus Nah und Fern.**

**Der Kaiserhof des Berliner Sicherheitsdienstes.** Bauher, ist unter der Beschuldigung, 45 000 M. unterschlagen zu haben, verhaftet worden. In die Angelegenheit ist noch eine Reihe weiterer Personen des Sicherheitsdienstes verwickelt.

**Graufiges Verbrechen.** In Thalheim durchschnitt der 50jährige Schafbauer Einberger seinen vier Kindern, wovon das älteste vierjährig ist, nachdem er die Dienstboten aus dem Hause gejagt hatte und sich einschloß, den Hals. Der Bauer lag die Tat in einem Anfall von Schwermüdigkeit, die dadurch entstand, daß seine 90jährige Frau vor einem Vierteljahr starb.

**Schicksal eines Bergrats.** Der Bergrat Jostitz vom Bergbauamt in Oberschlesien hat sich entleert. Er begründete diesen Schritt mit einem Abschiedsbrief an die Bergleute. Es heißt darin: „Ich opfere mein Leben, um Euch darüber zu belehren, daß Ihr Unmüßiges fordert. Die Bergleute, die ich Euch aus dem Grabe rufe, lauten: Mühsamkeit und verdrückt Eure Beamten nicht. Ihr braucht sie und findet keine anderen, die bereit sind zu arbeiten, mit Wahnsinnigen zu arbeiten. Ihr braucht sie, weil Ihr den Betrieb ohne Leiter nicht führen könnt. Fehlen die Leiter, dann erliegt der Betrieb und Ihr müßt verhungern und mit Euch Eure Frauen, Eure Kinder und hunderttausende unschuldiger Bürger. Da ich für Euch in den Tod gegangen bin, schickt meine Frau und meine kleinen Kinder und helfst ihnen, wenn sie durch Eure Torheit in Not geraten.“

**Die geraubten Kleinodien des Jaren.** In Stockholm sind ein Norweger und ein Russe verhaftet worden, die die russische Regierung um 11 Millionen Rubel betrogen haben. Die beiden traten außerst flott auf, wählten in den teuersten Galoshen und vertrieben eine Menge Geld. Im März hatte der eine in seinem Koffer nicht weniger als drei Millionen Rubel, die er in Christiania zum Verkauf ausbot. Beide waren auch im Besitz von Schmuckstücken, die der Jarenfamilie geraubt waren. Darunter sollen Goldstücke von Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph mit den Namenszügen der beiden Herrscher in Brillanten sein. Mehrere reiche Leute der Stadt wollten die Juwelen kaufen, aber die Polizei hatte die Schmuckstücke mit Beschlag belegt.

stich zu sagen. Etwas mehr Recht könnte das Einigungsamt auch aussprechen. Ich habe z. B. Leute in meiner Wohnung, die sich direkt skandalös betragen und sich einfach sagen, ich bezahle meine Miete und kann in meiner Wohnung machen was ich will. Wie sollen wir uns diesen Leuten als Vermieter gegenüber verhalten? Rindigen kann man sie nicht und Miete darf man nicht mehr nehmen. Meint das Einigungsamt, daß wir den Leuten aus Vergnügen kündigen? Gewiß nicht; wir haben immer den Nachteil davon, denn solchen Leuten ist es gleich, ob die Wohnung rein und sauber gemacht wird oder nicht. Ich sehe wohl ein, daß die Wohnungsnot in Lübeck groß ist, aber ich möchte doch die Bitte an das Einigungsamt richten, daß es den Vermietern etwas mehr Recht zuspricht. Ein Geschädigter.

**Gehalt und Versicherungsgehalt.**

Dem Kollegen, der die Verhältnisse bei der Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck geschildert hat, kann ich nur recht geben. Behnlich liegt es aber auch bei allen Versicherungs-Gesellschaften und diversen Arbeitgebern. Von selbst werden die wenigsten der Herren, obwohl sie besonders während des Krieges ganz enorme Verdienste eingestekt haben, den Angestellten der Versicherung entsprechende Zulagen gewährt. Schuld an diesen Zuständen haben nur die Angestellten ganz allein. Während die Arbeiter durch ihre strengen Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ganz „Erfreuliches“ erreichten, schlafen die Kapfarbeiter noch und haben trotz verschiedener Hinweise noch nicht begriffen, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren müssen. Erst dann haben sie bestimmte Aussicht, ihre berechtigten Forderungen verwirklicht zu sehen. Deshalb hinein in den Verband der Bureauangestellten, der für die Angestellten der oben erwähnten Firmen als bewährter Vorkämpfer für die Verbesserung der Lage aller Bureauangestellten, von Versicherungsgehalt, Krankentafeln, Rechtsanwälten, Fabriken usw. aktiv in Betracht kommt. Auskunft wird in der Geschäftsstelle, Trautenbergstraße 41/43 II z. bereitwilligst erteilt. Sch.

**Sprechsaal.**

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

**Das Mietzeinigungsamt.**

Nach dem Artikel dieses Amtes in den Zeitungen haben wir als Vermieter ansehend nichts mehr über unser eigenes Grundstück zu sagen.

**Seid wachsam!**

In einer Sitzung des hiesigen Haus- und Grundbesitzer-Vereins war die Mietererhöhungsfrage wieder einmal der Angelpunkt aller Ausführungen. Nach der Aussprache zu schließen, schmerzt es die Hausbesitzer zu sehr, keine Handhabe zu besitzen, um ihren mißliebigen Mieter sich vom Halle schaffen zu können und weiter, daß sie immer noch kein Mittel erfinden könnten, eine beträchtliche Erhöhung vor allem der sogenannten Kleinstwohnungen vornehmen zu können. Gerade die Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen haben sie in ihr beängstigendes Herz geschlossen und die Aussprache löst Schlimmes in dieser Beziehung befürchten. Man einigte sich dahin, an die Behörden eine Eingabe zu richten, wonach den Hausbesitzern bereits vom 1. April d. J. ab das Recht zuerkannt werden soll, die Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen gewaltig zu steigern. Man muß sich fragen, ob wirklich eine Berechtigung zu einer solch raschen Erhöhung vorliegt. Jetzt, in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges und drohender zunehmender Arbeitslosigkeit eine solche Mietererhöhung in Kraft treten zu lassen, hieße denn doch dem Arbeiter Boden ausschlagen. Ein Mieter.

**Wahlkomitee Dienstag**  
nachm. 5 1/2 Uhr 7778  
im Gewerkschaftshaus.

**Bekanntmachung.**  
**Markenfreie Marmelade**  
zum Preise von Mk. 1.— pro Pfund wird ab Dienstag, den 7. Januar in allen Verkaufsstellen des Konsum-Vereins auch an Nichtmitglieder abgegeben.  
**Arbeiter- und Soldatenrat.**  
7764) Fischer. Gent.

**Umsatzsteuer.**

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtertrag der gewerkschaftlichen Entgelte für Versorgungsanstalten im Monat Dezember d. J. sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Januar d. J. schriftlich einzureichen oder mündlich anzugeben. Vordrucke können im Steueramt, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden.  
Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.  
Lübeck, den 3. Januar 1919. 7763

**Das Umsatzsteueramt.**

Der vierte Teilbetrag der Grundsteuer für 1918/19 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit vom 2. bis 10. Januar 1919 bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.  
Lübeck, 31. Dezember 1918. (7767)

**Die Steuerbehörde.**

**Kriegs-Mohstoff-Abteilung.**

**Bekanntmachung.**  
Nr. P. R. 200/12. 18. S. R. II

Zur Abgabe des Reichsamtes für die wirtschaftliche Mobilisierung wird folgendes anordnet:

**Artikel I.**  
Die Bekanntmachung Nr. 20/10. 18. S. R. II. betreffend Beschleunigung von Remissionsverfahren sowie von Objekten für Photographie und Projektoren vom 5. Oktober 1918 tritt außer Kraft.

**Artikel II.**  
Diese Bekanntmachung tritt am 15. Dezember 1918 in Kraft.  
Berlin, den 15. Dezember 1918. (7765)

**Kriegs-Mohstoff-Abteilung.**  
Wolffhügel.

**Verkauf von Kalzium-Karbid.**

Bis auf weiteres kann von den hiesigen Händlern Kalzium-Karbid freihändig in Mengen von 2 Kilogramm verkauft werden.  
Lübeck, den 6. Januar 1919.

**Das Landesvertriebsamt.**

Illustration showing a woman in a coat and hat standing next to a man in a suit, with a dog and a sign in the background. The sign says 'National-Ansammlung 19. Jan.' and 'Bohner im am besten!'.

**Die heutige Zeit**

überfüllender Ereignisse hat auch das in früheren Jahren blühende Geschäftsleben stark beeinträchtigt, doch keineswegs erlahmte die Kaufkraft des Publikums. Aus diesem Bedürfnis heraus und im Vertrauen auf dieses, haben wir tatkräftig unseren diesjährigen

**inventur-Ausverkauf**

in den erlaubten Abteilungen vom 6. Januar ab auf das Beste vorbereitet.

Wir bieten damit jedem die Gelegenheit

**besonders günstige Einkäufe**

zu machen.

**Rudolph Karstadt**  
Kommandit-Gesellschaft.